

Grundschule Harburger Straße

Buxtehude

- Schulelternrat, der Vorstand -

Seite 1 von 2

An den Kultusminister des Landes Niedersachsen
Kultusministerium
Schiffgraben 12

30159 Hannover

Buxtehude, den 15.06.2004

Sehr geehrter Herr Minister Busemann,

wir, die Elternschaft und der Schulelternrat der Grundschule Harburger Straße sind erbost darüber, in welcher Weise die qualitativ gute Arbeit in der Grundschule durch Verordnungen, Erlasse und Gesetze aus Ihrem Haus nachhaltig zerstört wird! Im einzelnen bemängeln wir:

- Durch die volle Anrechnung der so genannten Überhangstunden auf die Unterrichtsversorgung müssen Lehrerstunden abgeordnet werden (vorzugsweise an den Sek-I-Bereich).
- Förderunterricht kann deshalb an unserer Schule nicht mehr erteilt werden.
- Der verstärkt erforderliche Einsatz von "pädagogischen Mitarbeitern", die tatsächlich nur betreuen können und dürfen, führt zu einer Entprofessionalisierung einer Schulform.
- Man zwingt die Schulen, Stundenpläne so variabel zu gestalten, dass eine erhebliche zeitliche Belastung für die Schüler entsteht, z.B. Schultage von 7:45 bis 13:30. Unsere Schule ist dafür weder von den Sachmitteln noch von den Räumlichkeiten her ausgestattet.
- Die Grundschule muss Lehrkräfte für die Sprachförderung im vorschulischen Bereich bereitstellen. Die dafür von Ihnen angekündigte Neueinstellung von Lehrkräften hat nicht stattgefunden.

Schulelternrat der GS Harburger Straße, der Vorstand
Halepagenstraße 3, 21614 Buxtehude

Tatjana
Tiedemann-Isenberg

04161/641474

Petra Kleine

04161/6 33 83
petra@kleine-buxtehude.de

Frank Brückner
Bollweg 24
21614 Buxtehude
04161/8 96 96

frank.brueckner@hamburg.de

Christian von Bargaen

04161/6 632 6
ccbargaen@web.de

- Die Streichung der Lernmittelfreiheit ist eine unsoziale Maßnahme. Besonders deshalb, weil die so freiwerdenden Mittel nicht wieder im Bildungsbereich eingesetzt werden.
- Die Art und Weise, wie zukünftig eine Vermietung von Lernmitteln erfolgen soll, belastet die Schule und die Lehrkräfte in nicht hinnehmbarer oder sogar unzulässiger Art und Weise. Ihr Erlass dazu ist unausgegoren und kommt so spät, dass eine sinnvolle Umsetzung nicht mehr möglich ist.

Wir sehen, dass das Land Niedersachsen sich aus seiner Verantwortung für den Bildungsbereich immer mehr zurückzieht und dieses darüber hinaus mit Schlagwörtern wie "eigenverantwortliche Schule" verbrämt. Das Land Niedersachsen ist auf dem besten Wege, die bisher gut arbeitende Schulform der Grundschule abzuwirtschaften. Wir fordern Sie auf, die oben beschriebenen Missstände zu beseitigen! Statten Sie umgehend die Grundschulen in Niedersachsen mit professionellen Lehrkräften und allen anderen erforderlichen Ressourcen aus!

Mit freundlichen Grüßen

Frank Brückner

K: Außenstelle Stade der Bezirksregierung Lüneburg, Dezernat 402 a
Dr. Martina Krogmann, MdB
Helmut Damman-Tamke, MdL